



Die Vertreterversammlung der KZVB sprach sich einstimmig dafür aus, dass die Zahnmedizin Bestandteil des GKV-Leistungskataloges bleibt.

Fundament der zahnmedizinischen Versorgung

VV der KZVB fordert gesetzliche Verankerung der Prävention

Für die KZVB ist klar: Ohne mehr Prävention wird das deutsche Gesundheitswesen auf Dauer nicht finanziert werden. Die Vertreterversammlung (VV) der KZVB, die Ende November stattfand, forderte in mehreren Anträgen bessere Rahmenbedingungen für die präventionsorientierte Zahnmedizin.

Dass Prävention Kosten spart, zeigt aus Sicht der KZVB der Rückgang des Anteiles der Zahnmedizin an den Gesamtausgaben der Krankenkassen. 2024 lag er bei nur noch 5,6 Prozent. Umso unverständlich sei es, dass der zahnärztliche Bereich 2022 durch das GKV-FinStG mit einer strikten Budgetierung belastet wurde. Dies habe 2023 und 2024 zu massiven Einbrüchen bei neuen Parodontitisbehandlungen und damit zu einem Rückschlag im Kampf gegen eine Volkskrankheit geführt. Denn Parodontitis verursache nicht nur Zahnerlust. Sie sei oft mit schweren Allgemeinerkrankungen verknüpft. Frühzeitige Prävention sei daher essenziell. Die präventionsorientierte Parodontitherapie müsse deshalb gesetzlich als Früherkennungs- und Vorsorgeleistung verankert und vollständig vergütet werden. Zudem müsse die Zahnmedizin insgesamt als Teil der Daseinsvorsorge Bestandteil des GKV-Leistungskataloges bleiben. Mit ihren Präventionserfolgen könne die Zahnmedizin auch Vorbild für andere Medizinbereiche sein. Die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) einberufene „FinanzKommission Gesundheit“ dürfe weder durch Kostendämpfungsmaßnahmen, Ausgliederungen aus dem GKV-Leistungskatalog, Eingriffe in den Sicherstellungsauftrag der zahnärztlichen Selbstverwaltung oder andere Maßnah-

men einschränkend in die vertragszahnärztliche Versorgung eingreifen.

Um die flächendeckende Versorgung aufrechtzuerhalten, sprach sich die VV für die Einführung einer Landzahnarztquote nach dem Vorbild der Landarztquote aus.

Der VV-Vorsitzende Dr. Jürgen Welsch betonte in der VV die Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitswesens für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Hier

zeige sich besonders deutlich, ob Politik am Gemeinwohl orientiert sei oder ob Partikularinteressen überwiegen.

Der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott ging in seinem Tätigkeitsbericht auf die Resilienz des Gesundheitswesens ein. Deutschland stehe vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Darauf müssten sich auch Medizin und Zahnmedizin einstellen. Die KZVB habe in Absprache mit dem bayerischen Gesundheitsministerium Zivilschutzzahnärzte als regionale Ansprechpartner für den Katastrophenschutz benannt.

Die stellvertretende Vorsitzende des Vorstands Dr. Marion Teichmann berichtete der VV über einen runden Tisch der Süddeutschen Zeitung, an dem sie als Vertreterin der Zahnärzte teilgenommen hat (siehe Seite 17). Auch dort habe die Prävention im Vordergrund gestanden.

Dr. Jens Kober, der innerhalb des Vorstands der KZVB für die Abrechnung zuständig ist, erläuterte, wie die Befüllung der ePA vergütet wird. Keinesfalls sollten die Zahnärzte dieses Geld „verschenken“. Schließlich sei die ePA mit erheblichem Aufwand für die Praxen verbunden.

Leo Hofmeier



Dr. Norbert Rinner (rechts) legte sein VV-Mandat nieder, weil er Ende des Jahres seine Tätigkeit als Vertragszahnarzt beendet. Dr. Rüdiger Schott dankte ihm für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit.